

„Runder Tisch Rentengerechtigkeit“ etabliert

Isor ist Gründungsmitglied

Achim Bonatz, Stellvertretender Vorsitzender

Am 30. Juni fand in Leipzig die Gründungsveranstaltung Verein „Runder Tisch für Rentengerechtigkeit e.V.“ statt.

Gerald Böhm und ich nahmen teil und wurden für ISOR Gründungsmitglieder.

Der neu gegründete Verein setzt sich ein für „Gruppen, deren erworbene Rentenansprüche in Zusatz- und Sonderversorgungssystemen bisher nicht bzw. nur unvollständig in Bundesdeutsches Recht überführt wurden.“ (siehe § 2, Ziffer 2a)

Als Vorsitzende des Vereins wurden Dietmar Polster und Dr. Günter Weißenborn gewählt (beide traten wiederholt bei uns auf).

Der Verein repräsentiert durch die rund 100 Teilnehmer an der Gründungsversammlung 500.000 ehemalige DDR-Bürger, die rentenrechtlich seit 1990 benachteiligt, deren Ansprüche bei der Rentenüberleitung bewusst ignoriert worden sind und bei denen eine Gleichstellung zu den Bürgern der alten Bundesländer nicht gewährleistet wurde.

Mit der Satzung des Vereins sind erstmalig auch offiziell am Runden Tisch die nach §§ 6 und 7 AAÜG rentenrechtlich benachteiligten DDR-Bürger vertreten.

Der Runde Tisch existiert seit langem, wie wir bereits berichtet haben. Er war jedoch bisher kein Verein oder als juristische Person ein Verhandlungspartner der Regierung. Trotzdem hat Hubertus Heil durch seinen Staatssekretär Dr. Schmachtenberg seit mehr als drei Jahren mit dem Runden Tisch verhandelt.

Über das klägliche Ergebnis „Härtefallfonds“ haben wir schon berichtet.

War es ein „klägliches Ergebnis“? Mit dieser Verhandlung und mit der Lösung Härtefall-Fonds hat der Staat nach dem Rentenüberleitungsabschluss-Gesetz offiziell anerkannt, dass die Ungerechtigkeiten der Rentenüberleitung weiter bestehen und nicht abgeschlossen worden sind.

Der Staat hat die vielen Mängel damit anerkannt.

Zugleich hat er in bewährter Manier das Angebot des Runden Tisches ausgeschlagen, durch eine Einmalzahlung, die bei Weitem nicht die Verluste der betroffenen Bürger ausgleicht,

eine Anerkennung dieser Lebensleistungen vorzunehmen.

Diese These der Anerkennung der Lebensleistungen war seit längerem ein Wahlkampf-Slogan etablierter Parteien für den Osten Deutschlands. Sie diente ganz offensichtlich dazu, Stimmen vor der Wahl einzufangen.

Mit der Missgeburt des Härtefallfonds, der

- nur knapp 2 Prozent der Betroffenen auf Antrag eine Leistung in Aussicht stellt,
- einen Teil der Betroffenen bewusst ausgegrenzt hat (so auch die nach §§ 6 und 7 AAÜG),
- nichts mit der Anerkennung der Lebensleistungen zu tun hat, sondern Härten ausgleicht, die der Staat sowieso irgendwie regeln müsste,
- statt allen durch die Mängel der Rentenüberleitung Berechtigten eine Leistung antragsfrei zukommen zu lassen, eine demütigende bürokratische Antragstellung erfordert und zudem undemokratisch keinen Widerspruch zulässt,
- andere Gruppen einbezogen hat, die nicht im Zusammenhang mit den Mängeln der Wendezeit stehen.

Stattdessen haben die Regierungen gezeigt, dass sie nicht willens sind, ihren Bürgern bisher Vorenthaltenes an Sozialem zu kompensieren. Immense Gelder werden zum Nachteil der Bürger Deutschlands undemokratisch und zweckentfremdet umverteilt.

Die Staatsschulden waren noch nie so hoch. Die Inflation galoppiert und wird als ein weiteres Mittel eingesetzt, um den eigenen Bürgern Gelder zu entziehen. Die Frage, wie wir dem entgegen sollen, kann durch folgende Kriterien beantwortet werden: - welcher Abgeordnete setzt sich tatsächlich für die Bürger ein? Nur der ist wählbar,

- in welchem Verhältnis stehen bei ihm bisher Wort und Tat?
- der vielschichtige Sozialbetrug bedarf einer breiten Kommunikation. Oftmals kennt jeder nur sein eigenes Beispiel, welches die anderen nicht wahrnehmen können.

Die Vielfalt der Umsetzung von „teile und herrsche“ im Sozialbetrug Vielen deutlich zu

Der letzte Redaktionsschluss

Er war leise, aber verschaffte sich Gehör. Er war bescheiden, aber blieb bei seinem Standpunkt, solange er nicht von anderen Argumenten überzeugt war. Und er war für Genauigkeit und Präzision, von denen er nicht abließ, auch wenn die Zeit drängte und die Geduld seiner Genossen strapazierte.

Das Ringen um treffende Worte und Begriffe bei der Darstellung von Sachverhalten war Ehrensache und der gut gefüllte Kasten mit Phraseologien und Worthülsen blieb geschlossen. Und Drein-Redner, die alles wissen, nein, besser wissen wollten, hatten keine Chance – er wies ihnen schweigend eine Ecke zu.

Er gab dieser Zeitung ein Bild, das bis heute ein Leit-Bild ist und gebietet, nicht über jedes Stöckchen im aufgeregten Politbetrieb zu springen, nicht jeder Konjunkturwelle nachzugeben und zu –gehen.

Die Position von ISOR und deren Stellung in der Gesellschaft soll sich in ISOR aktuell als „Mitteilungsblatt der Initiativegemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR e. V.“ widerspiegeln und ISOR ist dafür seine Wortwahl, die für uns bei jeder Ausgabe unserer Zeitung im Interesse unserer Mitglieder auf der ersten Seite steht. Dieses Motto auf der ersten Seite der Zeitung hat er dort als Platz-Halter eingesetzt und es gibt keinen Grund, das zu ändern.

Allein dafür hatte er von Beginn an vor fast drei Jahrzehnten gearbeitet: Als Redakteur und Schöpfer des namensgebenden Titels unserer Zeitung mit seinem guten Namen im Impressum an bescheidener Stelle.

Klaus Kudoll war Realist. Als er zu Beginn seines neunten Lebensjahrzehntes merkte, dass seine Kräfte nachlassen, sorgte er sich, dass sein Werk in guten Händen weitergeführt wird und begleitete diese Etappe, indem er seine Erfahrungen in andere Hände legte.

Dann wurde es allmählich stiller um ihn. Der Verlust der Gefährtin an seiner Seite, ein Paar, das sich still und fest in allen Lebensphasen ergänzte, ließ seine Kräfte merklich schwinden. Und auch den Redaktionssitzungen, die er anfangs noch als interessierter und Rat gebender Gast besuchte, blieb er fern.

Wir haben erfahren, dass Klaus still und unmerklich seinen letzten Redaktionsschluss im Juni mit 89 Lebensjahren beging und die Tür leise hinter sich schloss.

Wir, die wir ihn kannten, tragen sein Bild in uns und formen daraus die nächste Ausgabe, in der Klaus weiterleben wird.

Horst Bischoff | Wolfgang Kroschel

machen, indem jeder seine Kernpunkte und Etappen des Aufbegehrens für eine gerechte Lösung aufzeigt, diese zusammengetragen und kommuniziert werden, ist eine mögliche Methode.

Zusammen mit allen denkbaren Partnern, in erster Linie mit den Gewerkschaften, wird der gegründete Verein das Bewusstsein schaffen, dass wir nur gemeinsam stark sind.

Die Gründungsversammlung nahm eine Petition an. Diese wird jedem Unterzeichner, also allen Teilnehmern, für diejenigen, die sie vertreten, zugeleitet. Die Bitte ist, möglichst schnell 50.000 Unterschriften zu erlangen, um im Petitionsausschuss das Anliegen vortragen zu können.

Die Gründungsversammlung des Vereins, die Petition, der Brief von ISOR an die UN-Menschenrechtskommission sowie die Alternative Einheitsfeier am 3. Oktober 2023 werden Gegenstand der kommenden ISOR-Vorstandssitzung sein.

Aus der Arbeit des Vorstandes

Herbert Kranz würdigte als dessen Mitkämpfer Leben und Werk des verstorbenen Dr. Jürgen Rogalla, der als Sicherheitsberater des Präsidenten nach einem Putsch in Ghana vom Tode bedroht war und nach 1990 an der Spitze des Kampfes gegen das Rentenstrafrecht stand.

*

Gerald Böhm berichtete über die Gründungsversammlung des Runden Tisches für Rentengerechtigkeit am 30.6.2023 in Leipzig und dessen Vorhaben für die Überführung des sog. Härtefallfonds in einen Gerechtigkeitsfonds. ISOR gehört, vertreten durch Joachim Bonatz und Gerald Böhm, zu den Gründungsmitgliedern dieses Vereins.

*

Wolfgang Schmidt berichtete, dass die in der letzten Ausgabe von **ISOR aktuell** veröffentlichte Beschwerde am 20.7.23 planmäßig per internationalem Einschreiben mit Rückschein an den UNO-Sitz in Genf abgesandt wurde.

*

Der Vorstand beschloss, die Klage eines in den bundesdeutschen Polizeidienst übernommenen ehemaligen Volkspolizisten, dessen Beamtenpension wegen Staatsnähe zur DDR gekürzt wurde, solidarisch zu unterstützen. (Siehe Beitrag in dieser Ausgabe)

*

Anmerkung: An der Spitze dieses Berichtes müsste eigentlich die Ernennung von Horst Parton zum Ehrenvorsitzenden der ISOR stehen. Ohne eine Information zur Regelung der Nachfolge in der Funktion als Vorsitzender und erst recht nicht bei Beibehaltung des Vorsizes durch Horst Parton wäre das gegenwärtig nicht aktuell.

*

Zu Ehrenmitgliedern der ISOR wurden auf Beschluss des Vorstandes ernannt:

Frieder Rosada,

langjähriger Vorsitzender und Gründungsvater der TIG Wismar, in Würdigung seiner Verdienste um unseren Verein und aus Anlass seines 90. Geburtstag,

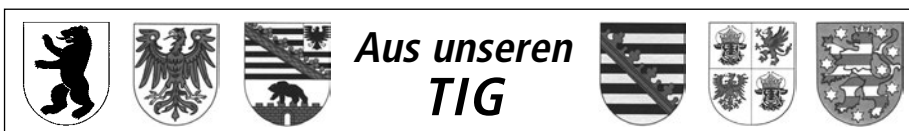
Prof. Dr. Horst Bischoff und Hans-Peter Speck

in Anerkennung ihres langjährigen und erfolgreichen Wirkens als Stellvertreter des Vorsitzenden bzw. Schatzmeister der ISOR.



**Seien wir Realisten,
versuchen wir
das Unmögliche**

(Che Guevara)



Aus unseren TIG

Berlin/Treptow

Zum 7. Juni lud der Vorstand die Mitglieder unserer TIG zur Versammlung ein und viele folgten dem Aufruf.

So fand die Vorstellung unserer Geschäftsführerin der ISOR e.V., Anja Mewes, in einem würdigen Rahmen statt.



Ihre Ausführungen zu ihrem bisherigen persönlichen und politischen Werdegang fand hohe Aufmerksamkeit und Beachtung.

In einem ausführlichen Vortrag über den Verein „Friedensglocken e.V.“, gestützt auf

interessantem Dia-Material, erhielten alle Teilnehmer eine Vorstellung über die aktiven Friedensbemühungen in unserem Land, aber auch in der ganzen Welt.

Es ist festzustellen, dass mit der gegenwärtigen politischen Situation in der Ukraine die Gefahr für eine atomare Eskalation auf ein bisher nicht erreichtes Niveau angestiegen ist.

Den Krieg schnellstens zu beenden und einen Frieden auf der Grundlage der Berücksichtigung der Interessen aller Beteiligten zu erreichen muss das Gebot der Stunde sein!

Die Initiativen Chinas, des Vatikans, Brasiliens, Indiens, Südafrikas u.a. zeugen von der Dringlichkeit des Handelns.

Es ist höchst bedauerlich, dass unsere Regierung ungeachtet der deutschen Geschichte und Erfahrungen dabei im Abseits steht.

Wir fordern den Frieden, denn ohne Frieden ist alles nichts!

Unser Dank geht an Anja Mewes für ihren Beitrag zu unserer Versammlung, verbunden mit den besten Wünschen für ihre Tätigkeit in unserem Verein.

Wir nutzten die Gelegenheit, aktive Mitglieder für ihre Leistungen mit einer Buchprämie auszuzeichnen und dankten allen mit einem kleinen Imbiss, bei dem es zu angeregten Diskussionen kam.

Hierbei bestätigte sich die Einschätzung unserer Vereinsarbeit durch den stellvertretenden TIG-Vorsitzenden Horst Piskol, dass unsere Gemeinschaft und unser Zusammenhalt allen gut tut und Mut für die Zukunft macht.

Besonderer Dank geht auch an unseren Genossen Dr. Heinz Günther, der in seinem Diskussionsbeitrag das Rentenunrecht geißelte und zum weiteren Kampf aufforderte.

Es war wieder eine unserer Versammlungen, aus denen wir gestärkt herausgehen.

H. Peters

*

Der Schweriner TIG-Vorstand hatte eingeladen und mit 67 Teilnehmern (bisheriger Rekord!)

fand Ende Juni unser traditionelles Sommerfest in der Schweriner Schleifmühle statt. Erfreulich, auch unsere Mitglieder aus Hagenow und Gadebusch waren angereist. Als Ehrengast begrüßten wir unsere Geschäftsführerin Anja Mewes (Berlin). Beachtlich, eine stolze Reihe betagter Mitglieder (alle Ü 90! Eva Hotzler, Anni Krüger, Anita Freyer, Lothar Voigt, Siegfried Felgner) erfreuten sich und uns mit ihrer Anwesenheit. Das ist insofern hervorzuheben, da sonst bereits ein Drittel unserer Mitglieder aus Alters- und/oder Gesundheitsgründen nicht mehr an Veranstaltungen teilnehmen.

TIG-Vorsitzender Joachim Claußner stellte mit Recht fest, dass ISOR nicht nur politische Heimat Gleichgesinnter und vom Rentenrecht Betroffener ist, sondern auch soziale Interessen ausfüllt. Das fördert unseren Zusammenhalt und sichert die Stabilität unserer TIG. Und was gab's sonst? Leckeres vom Grill – zubereitet von Reinhard Fuchs und Mark Streckler, Ingrid Schulz kredenzte diverse Salate und damit alles rutscht, gab es geistige und alkoholfreie Getränke. Anja nutzte die Gelegenheit sich vorzustellen mit dem Schwerpunkt ihrer politischen Aktivitäten. Dafür wurde ihr besonderer Beifall gezollt.

Einhellig die Resonanz unserer Mitglieder und Aufforderung an den TIG-Vorstand: Wir freuen uns auf das nächste Sommerfest, wie auch die Jahresauftaktveranstaltung und die Frauentagsfeier im März. Damit erreichen wir mehr als die Hälfte unserer Mitglieder.

Karl Bachmann

*

Gegen Unrecht und Willkür im 33. Jahr der deutschen Einheit

Am 9. März 2023 erhielt unser Mitglied Wolfgang Schneikart vom Landesamt für Finanzen (LAF) einen klagefähigen Widerspruchsbescheid zugestellt, nachdem er vier Jahre im Widerspruchsverfahren Stellungnahmen abgegeben hat.

Er war einer von jenen Polizisten, der durch die neuen Dienstherren nach der „Wende“ nach mehrfachen Überprüfungen auf Vorbelastungen und Loyalität verbeamtet wurde. In verschiedenen Dienststellungen in der Polizeidirektion Rostock tätig, wurde ihm jederzeit eine gute und solide Arbeit attestiert.

Bis zum Erreichen der Regelaltersrente erhielt er zu seiner Pension einen Zuschuss in Höhe der zu erwartenden Rente. Dann kam der 5. Februar 2019 und der Regelungsbescheid gemäß § 55 BeamtenVG M-V „flatterte“ ins Haus. Wolfgang musste feststellen, dass er seine erdiente Pension nicht mehr erhält. Diese sollte um 307 € gekürzt werden, obwohl die Summe aus Versorgung und Rente die Höchstgrenze von 71% nicht überschreitet.

Wolfgang legte sofort Widerspruch mit

einer ausführlichen Begründung ein, die aber abgewiesen wurde, da diese die „Vermutung einer besonderen persönlichen Systemnähe“ weiter bestünde.

Es ist hier nicht der Raum, alle danach unternehmenen Aktivitäten von Wolfgang in dieser Sache zu schildern.

Es gab berechtigte Hoffnung, aber der vorgelegte Gesetzesentwurf der Landesregierung wurde 2021 von den eigenen Fraktionen der CDU und SPD verhindert, so dass in unserem Bundesland weiterhin alle Polizisten aus der DDR unter Generalverdacht stehen.

Doch Wolfgang wollte trotz seines angegriffenen Gesundheitszustandes weiter machen und den Klageweg beschreiten. Leider waren die für ISOR tätigen Anwälte nicht mehr verfügbar, so dass sich Wolfgang an Dr. Peter Michael Diestel wandte, den er bei einer Buchlesung in Rostock kennengelernt hatte. Es sei notwendig, diese Angelegenheit ggf. bis zur verfassungsrechtlichen Prüfung durchzukämpfen. „Kämpfen“ hat Dr. Diestel Wolfgang und Ute mit auf den Weg gegeben.

Wolfgang und seine Frau sind dazu bereit.

Diese Einstellung und konsequente Haltung verdient nicht nur Achtung und Respekt, sondern verlangten auch gleichzeitig unsere gemeinsame Solidarität, Hilfe und Unterstützung.

Es ist davon auszugehen, dass es ein langer, kostenintensiver Weg sein wird, der dem Ehepaar Schneikart viel Kraft, Mut und Entschlossenheit abverlangt. Der aber auch in der Sache bezeugen wird, dass es auch bei den §§ 6, 7 AAÜG um eine politische Abrechnung und nicht um die politisch-juristisch vorgebrachten Scheinargumente ging. Es gibt inzwischen Beispiele, wo ehemalige Arbeitskollegen, die die Fristen zum Widerspruch verpasst hatten, auch weil sie keinen Anwalt fanden, der bereit war, sie in der Sache zu vertreten, wieder Mut gefasst haben, doch noch einmal juristische Schritte zu wagen.

Betroffen sind hier die Personen, die als Angehörige der Grenztruppen/PKE, als Personenschützer, der Volkspolizei und als Angestellte in der DDR ihren Dienst getan haben, die man auf Grund ihrer Fähigkeiten und Erfahrungen nach vielfachen Überprüfungen in das Beamtenverhältnis übernommen hat und denen man bei Eintritt in den Ruhestand wegen einer sogenannten „besonderen Systemnähe“ den Vertrauensschutz entzieht und ihre erdienten Pensionen kürzt.

Aus der Antwort der Landesregierung/LAF von M-V vom 6.7.2023 auf eine Kleine Anfrage eines Abgeordneten der FDP-Fraktion geht hervor, dass mit Stand Ende 2019 „bei knapp 800 Versorgungsempfängern Zeiten einer systemnahen Tätigkeit unterschiedlicher Dauer (wenige Monate bis zu 20 Jahren) festgestellt“ wurden. Man rühmt sich, dass „bislang in kei-

nem Widerspruchs- bzw. Klageverfahren die gesetzliche Vermutung der Systemnähe erfolgreich widerlegt werden konnte. Weiter heißt es, dass noch „vier Klagen beim Verwaltungsgericht in erster Instanz anhängig“ sind. Eine davon ist die von RA Diestel eingereichte von unserem Mitglied Wolfgang Schneikart.

Wir zeigen ihm und ggf. damit auch allen anderen Betroffenen unter unseren Mitgliedern, die nun ausgegrenzt werden, unsere konkrete Solidarität und unser festes Bekenntnis, an ihrer Seite zu stehen und unterstützen sie im Rahmen der Möglichkeiten vor Ort und in unserem Bundesland M.-V.

In der Vorstandssitzung am 4. Juli 2023 haben wir uns darüber verständigt, dass wir in unserer TIG eine Spendenaktion für Wolfgang und seinen Kampf ins Leben rufen, um ihm finanziell unter die Arme zu greifen. Ich wurde beauftragt, den Vorstand von ISOR e.V. darüber zu informieren und um Unterstützung für den Erfolg unserer Aktion zu bitten.

Zugleich wäre das aus meiner Sicht auch ein Signal für die Stärkung der Zusammengehörigkeit unserer Gemeinschaft und unseren weiteren Kampf um soziale Gerechtigkeit.

Mit der Übersendung unserer Beschwerde zum Inkrafttreten des Fakultativprotokolls an den UN-Sitz in Genf wurde ein weiterer Schritt getan, obwohl wir uns hier keinen Illusionen hingeben.

Positiv sehe ich auch die am 30.6.2023 in Leipzig erfolgte Gründung des Vereins „Runder Tisch Rentengerechtigkeit e.V.“, wo erstmalig auch offiziell die nach §§ 6 und 7 AAÜG rentenrechtlich benachteiligten DDR-Bürger vertreten sind.

Nach der erfolgten Klärung von einigen organisatorischen Fragen wollen wir unsere Solidaritätsaktion im Monat August beginnen.

Solidarische Wortmeldungen sind uns jederzeit willkommen.

Mit solidarischen Grüßen

Uwe JohannBon,
Vorsitzender der TIG Rostock

*

Lesenswert

Wenn in diesem Land gewöhnlich von der „Clan-Kriminalität“ gesprochen wird, lenken die Konzernmedien den Blick gerne auf arabische Täterkreise. Aber warum in die Ferne schweifen?

Unser bekannter Autor Jürgen Heidig öffnet einen nahe liegenden Blickwinkel: Autorenvorstellung. Am 20. Juni 2023 erschien mein zweites Buch der „grauen Reihe“: „Krisenherd Deutschland, – »CumEx«-Steuerraub – und Bundeskanzler Olaf Scholz +Dokumentation+“ (ISBN 978-3-00-074760-1, 11,80 Euro).



Markantestes Kennzeichen der 74-jährigen Bundesrepublik Deutschland, sie befindet sich in der »bewährten« Tradition altdeutscher Ausbeutergesellschaften in dauerhafter allgemeiner Krise und permanenten zyklischen Krisen. Exorbitanter Armut und Massenverelendung steht exzessiver Reichtum für wenige mit Steuerflucht, Steuerhinterziehung und Geldwäsche gegenüber. In dieses Geschehen reihte sich vor 17 Jahren »Cum-Ex«, der bisher größten Steuerraub in der kapitalistischen deutschen Geschichtsschreibung, ein. Im Jahre 2012, lag der dadurch verursachte Schaden allein in Deutschland bereits bei etwa »zehn Milliarden Euro«.

Die weltweiten Verluste durch »Cum-Ex«-Verbrechen und ähnliche kriminelle Geschäfte wurde 2021 auf mindestens »150 Milliarden Euro« geschätzt. Der »Cum-Ex«-Steuerraub macht auf dramatische Weise die altbekannte Tatsache, dass das bürgerliche Recht der Bundesrepublik Deutschland den zum Gesetz erhobenen Willen des Monopol- und Finanzkapitals verkörpert, plastisch erlebbar. »Auslöser war ein Gesetz, das an entscheidender Stelle von der Bankenlobby formuliert worden war – eins zu eins, ohne dass ein Komma geändert wurde.« Das Jahressteuergesetz 2007.

Hatte dieses Gesetz nur eine durch Dilettantismus entstandene »profane Gesetzeslücke« oder wurde der Gesetzestext von den in die Erarbeitung des Gesetzes direkt eingebundenen Kapitalvertreter (»Crossing-over«) gezielt auf das verbrecherische »Cum-Ex« getrimmt? Die Fakten untermauern und belegen letztere Annahme. Das Geschehen offenbart ein Paradebeispiel für den vom Monopol- und Finanzkapital direkt gesteuerten bundesdeutschen Staat.

An der »Cum-Ex«-Plünderung der vom deutschen Bürger stets gut gefüllten staatlichen Steuerkonten nahmen Politiker und Vertreter der obersten deutschen Staatsorgane, vom Volk einst gewählte Funktionsträger der bürgerlichen Parteien, ein Netzwerk von Aktienhändlern, Steuerberatern, Bankern, Rechts-

anwälten und Notaren, teil. Diese fanden sich auf der Grundlage des Jahressteuergesetzes 2007 zum gemeinsamen kriminellen »Cum-Ex«-Geschäft zusammen. Alle Aktivisten dieses Finanzbetrugs gaben sich davon überzeugt, dass ihre Verbrechen am BRD-Staat und damit an den steuerzahlenden Bürgern »ganz legal« seien. So auch der Hauptakteur und Vordenker des »Cum-Ex«-Geschehens, der Jurist und Rechtsanwalt Hanno Berger. Dieser verkündete am 6. Dezember 2022 vor Gericht, »er habe die Transaktionen als legales Steuersparmodell angesehen.«

Im Schlaglicht dieser kriminellen Aktivität steht eine Hauptakteurin des »Cum-Ex«-Verbrechens, das Hamburger Bankhaus »M. M. Warburg & CO«. Dieses »entzog« dem Staat 325 Millionen Euro Steuergelder der Bürger. Dessen ungeachtet wirbelt diese Bank bis heute weiter am Finanzmarkt.

Das Buch dokumentiert das Verhalten der in Staatsverantwortung handelnden Personen, insbesondere des heutigen Bundeskanzlers Olaf Scholz, von März 2011 bis März 2018 Erster Bürgermeister Hamburgs. Veranlasste dieser der »M. M. Warburg & CO«-Bank eine Steuernachforderung in Höhe von 47 Millionen Euro zu erlassen? Die bisherige Rolle von Olaf Scholz bei der Aufklärung dieses Sachverhalts bestand im Wesentlichen in der Aussage: »Ich kann mich nicht erinnern«. Das dokumentierte Handeln von politisch und staatlich verantwortlichen Personen im »Cum-Ex«-Krisengeschehen und die diesbezüglichen politischen Machtspiele der bürgerlichen Parteien SPD, FDP, Grüne und CDU/CSU blieben bisher ohne jegliche politischen Konsequenzen.

Das Possenspiel dieses Politthrillers aber geht aktuell munter weiter. Die faktenreichen Informationen des Buches speisen sich unter anderem aus Veröffentlichungen des Hamburger Rechtsanwalts und Strafverteidigers Dr. iur. h. c. Gerhard Strate, weiteren Anwälten und Berichten verschiedener »öffentlich-rechtlicher« und privater Medien zwischen dem 18. Februar 2020 und 12. Mai 2023. Sie können dieses Buch direkt bestellen.

Senden Sie ihre Bestellung einfach per E-Mail an buchautor-heidig@gmx.de. Die Lieferung erfolgt versandkostenfrei.

Jürgen Heidig

*

Aus der Postmappe

Isor-Redaktion@t-online.de

Die AfD – eine Gefahr für die repräsentative Demokratie in Deutschland?

Einfach nur Gedanken und es wäre schön, wenn man sie zerrstreuen könnte.

Zwischenruf

Es vergeht kein Tag mehr, in dem bürgerliche Medien die „künstliche Intelligenz“ als Allheilmittel für alle Fragen des Lebens in den Himmel heben und als die Lösung zur Gestaltung der Zukunft anpreisen. Zehntausende Arbeitsplätze und damit Existenzen auf dem „Arbeitsmarkt“ lösen sich unter dem Beifall derer, die man fälschlicherweise „Arbeitgeber“ nennt, in Luft auf.

Das wird sich auch auf Politiker-Darsteller in den Mattscheiben-Arenen auswirken, deren zur Kunst aufgeblasene (natürliche?) Intelligenz im Politbetrieb auch unterhalb der Ministerebene glasklar wird.

Kommt nun eine neue, künstliche, Glasnost?

w.k.

Das undankbare Volk missachtet die Leistungen ihrer „Repräsentanten“ und fühlt sich gar nicht mehr repräsentiert.

Ja, ja, die AfD. Eine Geschichte ohne Ende. Dafür ist sie aber auch erfunden worden. Es geht schlicht um die Erhaltung alter Machtstrukturen, um das in Agonie befindliche neoimperialistische Gesellschaftsmodell. Die AfD soll sozusagen als Rettungsanker für dieses monopolistische System in Deutschland dienen. Sie spielt hier die Rolle des Wolfs im Schafspelz. Vernachlässigt aber das intensive Bestreben der USA die Weltherrschaft, also die Rolle des Hegemonen zu erhalten. „America first“, nicht Deutschland, Deutschland über alles. Die USA hat nicht das geringste Interesse, ihre Macht zu teilen, weder mit Europa und schon gar nicht mit Deutschland. Sie scheint sie als nützliche Idioten zu benutzen und Habeck hat sich ja schon als ein solcher angeboten, in dem er dienend führen will. Dabei sollte doch gerade dieser Kinderbuchautor die Sinnentstellung seines Satzes erkennen können. Wie kann man nun unauffällig ein Drehbuch schreiben, damit das dumme Volk auch bereit ist, seine eigenen Unterdrücker zu unterstützen. Wir wissen ja, „nur die dümmsten Kälber wählen ihre Schlächter selber.“

Ein Wesensmerkmal dieser Epoche ist der Übergang von einer monopolaren zu einer multipolaren Weltordnung. Den 2009 gegründeten Zusammenschluss der BRICS-Staaten, Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika, kann man als Beginn dieser Entwicklung betrachten. Es bilden sich immer mehr solcher Zusammenschlüsse, die sich vom „Wertewesen“ abwenden und verlässlichere Handels-

partner bevorzugen. Die „Weststaaten“ unter der restriktiven Führung von „Great America“ müssen sich also weiterhin so darstellen, als wären sie der Nabel der Welt und ihre Bevölkerung hat das gefälligst auch so zu sehen und zu bezahlen. Das zu organisieren ist nicht schwer. Ich greife mir ein paar einfach strukturierte Persönlichkeiten, die naiv genug sind, als US-amerikanische Untertanen ihre Erfüllung zu sehen und lasse sie die Rolle deutscher Regierungspolitiker spielen. Da Präsident Biden die Fäden dieser Marionetten führt, kann man das deutsche Volk relativ schnell in eine unzufriedene Stimmungslage versetzen. Es braucht natürlich seine Zeit, aber die ist notwendig, um ein Land wie Deutschland in die absolute Bedeutungslosigkeit zu bringen. Dennoch sind die Strippenzieher der Marionetten gut vorbereitet und haben schon lange eine Alternative für Deutschland vorbereitet.

Voltaire war es, der sagte: „Zufall ist ein Wort ohne Sinn; nichts kann ohne Ursache existieren.“

Nun gibt es in der AfD kluge Propagandisten und die haben meistens auch verifizierbare Berufs- oder Studienabschlüsse. Da muss man vermutlich in der grünen Politlandschaft seine Ansprüche etwas bescheidener halten. Die AfD schaut dem Volk aufs Maul und redet ihm dann nach demselben. Die oft zu hörenden Bemerkungen, wie: „Sie sprechen die Probleme offen an, aber irgendwo haben sie ja auch Recht“ usw., sind Belege dafür, dass diese geschickte Taktik erfolgreich ist. Die zunehmende Popularität der AfD ist aber auch ein deutliches Warnsignal für die Intensivierung der Diktatur des Kapitals, verbunden mit einem noch drastischeren Rückbau der sozialen und demokratischen Grundrechte, wenn man überhaupt noch von Demokratie reden kann.

Die sogenannten Altparteien, inklusive der Linken, sind schon lange Minderheitsparteien. Sie glauben dennoch einen Wählerauftrag zu haben. Nur ist dieser Auftrag, wie immer nach einer Wahl, völlig bedeutungslos. Baerbock hat sich da z.B. in ihrer dümmlichen Selbstherrlichkeit verplappert und ist wahrscheinlich auch noch stolz darauf. Sie stellte ihr Bedürfnis, der Ukraine unbegrenzt zu helfen über die deutschen Interessen, egal was die deutschen Wähler darüber denken. Über die oft tödliche Wirkung der Baerbock'schen Hilfe sollte jeder selbst nachdenken. Für mich entstand der Eindruck, dass sie lieber einer fremden Macht dient als Deutschland und das ist bekanntlich strafbewehrt. Bedingt durch den politischen Tiefschlaf dieser Ampelparteien, sind sie zu keiner akzeptablen Leistung fähig und beschäftigen sich überwiegend mit sich selbst und der Bekämpfung der AfD. Sie trompeten von einer undemokratischen Partei, wollen sie verbieten lassen, scheinen aber selbst den

Boden der Demokratie zu verlassen. Ich bin wahrlich kein Freund der AfD, kann aber erkennen, undemokratisch sind sie de jure nicht in die deutsche Parteienlandschaft und in den Bundestag gekommen.

Wenn sich die Ampelparteien u.a. auf einen latenten Wählerauftrag berufen, muss das natürlich auch für die AfD gelten, denn sie haben sich ja nicht selbst gewählt. Es war das Volk, das schließlich als Souverän tituliert wird. Man sollte sich die Frage stellen, ob die AfD nun so besonders gut gearbeitet hat oder die anderen Parteien besonders schlecht waren und den Problemen unserer Zeit nicht gewachsen sind. Zugegeben, bei einer ausgeprägten US-amerikanischen Politikaffinität, der Pflicht zur permanenten Feindbildvermittlung und einer Russophobie, die mittlerweile die Qualität einer Glaubensrichtung annimmt, ist so eine Eigenreflexion schwer möglich. Stattdessen wird versucht, dem Volk den Unterschied zwischen richtiger und falscher Meinung einzutrichtern. Der Kampf um die Köpfe wird intensiver. Es könnte schon wieder, wie zu Zeiten von Voltaire, gefährlich sein, recht zu haben, wenn die Regierung unrecht hat. Dadurch wird immer stärker der Wunsch genährt, die von der Ampelregierung verursachten sozialen und volkswirtschaftlichen Schäden zu stoppen und eine Regierung zu wählen, die den Willen und die Voraussetzungen hat, deutsche Interessen gegen den selbsternannte US-Hegemonen durchzusetzen. Hier hängt aber Kurt Tucholskys Warnung in der Luft: „Wahlen ändern nichts, sonst wären sie Verboten.“

Und nun müssen die Zauberer der Weltpolitik auch kein Kaninchen mehr aus dem Hut zaubern, denn eine „Alternative für Deutschland“ ist schon lange vorbereitet und Ideen für den künftigen Bundeskanzlerkandidaten werden auch schon diskutiert.

Wie es nun weitergehen soll und wie wir zu den fanatischen deutschen Kriegstreibern und Kriegsgewinnlern stehen, muss jeder für sich entscheiden. Vielleicht noch ein Denkanstoß aus der Feder Bertolt Brechts. „Die Bürger werden eines Tages nicht nur die Worte und Taten der Politiker zu bereuen haben, sondern auch das furchtbare Schweigen der Mehrheit.“

Jürgen Barz, 10.7.2023

*

Das „Falsch Zeugnis“ der Frau Baerbock

Auch ein großes Auditorium am 14.7.23, errichtet in einer Chemnitzer Betriebshalle, brachte der inzwischen als prinzipienlos und kriegslüsternd bekannten deutschen Außenministerin wenig Erfolg. Ihre nachgesprochenen Stereotype über einen schrecklichen Krieg in Europa waren unglauwbüdig, auch wenn sie

von einem Prominenten, Wladimir Klitschko, dem Sohn eines einstigen sowjetischen Offiziers und Diplomaten, sekundiert wurde.

Dessen Konzept bestand darin durch die Schilderung des Leides, welches den Ukrainern zugemutet wird, Emotionen zu schüren und natürlich mit dem Finger auf den Teufel zu zeigen, die Russen! Entgegen Baerbock, die den Komplex von Ursachen dieses Krieges nicht kennt oder nicht kennen will, wussten die Demonstranten vor der Halle darüber sehr gut Bescheid, trotz gleichgeschalteter Medien und einem allgegenwärtig herrschenden Mainstream zugunsten aggressiver NATO-Politik. Ihnen ist bekannt, dass die Keime für diesen Krieg durch die wortbrüchige, schamlose Osterweiterung der NATO, nach dem blauäugigen bedingungslosen Abzug der Sowjets aus Mitteleuropa, Anfang der 90er Jahre gelegt wurden. Sie wissen, dass allgegenwärtige NATO-Truppen an der russischen Westgrenze für die Russen nicht hinnehmbare Sicherheitsrisiken beinhalten.

Sie erinnern sich mit welcher Vehemenz die Russen über zwei Jahrzehnte für ihre Einbeziehung in den europäischen Integrationsprozess warben. Die inzwischen bekannten gegenläufigen Entwicklungen erfolgten im Sinne der geopolitischen Interessen der USA und der NATO. Sie werden durch die Bundesrepublik in vorauseilendem Gehorsam bedingungslos unterstützt. Letztlich ist es das Ziel die Südwestflanke der Russischen Föderation zu destabilisieren, die Russen möglichst aus dem Schwarzen Meer hinauszuerwerfen, um damit ihren Zugang zum Mittelmeer über den Bosphorus zu sperren. Dazu war jedes Mittel recht: Führung eines Stellvertreterkrieges, unter Missbrauch der Ukraine, Krieg gegen die Russische Bevölkerung im Donezk, Vernichtung des bis dato bestehenden außenpolitischen Gefüges, Inkaufnahme des Risikos eines nuklearen Weltkrieges.

Die Zumutungen, die unserer Bevölkerung auferlegt werden, sind schamlos: Inflation, Vernichtung einer historisch gewachsenen Energiebasis, gewissenlose Teuerung von dem Staat und Multis profitieren, Schuldenpolitik, für die der Steuerzahler aufkommt, Schädigung des Mittelstandes und des Handwerks durch verfehlte Wirtschaftspolitik. Man führe sich vor Augen, ein Wirtschaftsminister preist die Schuldenberge für die Rüstung und verfehlte Energiepolitik als „außerhalb des Bundeshaushalts stehende Sondervermögen“! Profiteure sind der eigene Staat, Rüstungskonzerne, amerikanische Gasproduzenten und sonstige von kriminellen Lobbyisten dieses Krieges begünstigte Unternehmen und Organisationen.

Übrigens haben sich auch die von der Mehrheit unserer Bevölkerung abgelehnten, in die

Ukraine gelieferten, deutschen „Wunderwaffen“ nicht als erfolgreich erwiesen. Ukrainische Besatzungen weigern sich hineinzusteigen, weil sie den baldigen Abschuss „ihres“ deutschen Panzers befürchten. Von all dem scheint die deutsche Außenministerin nichts gewusst zu haben.

Norbert Staffa, Großolbersdorf

*

Brigitte Kunze aus Neustrelitz schreibt zu unserem Beitrag im Juli „Ein Schritt auf einem langen Weg“:

Ich gratuliere zu diesem Schritt! Hervorzuheben ist die Veröffentlichung des gesamten Wortlauts des Schreibens.

Ich bin der Auffassung, dass dieser Text der breiten Masse der Bevölkerung in den Medien, incl. Zeitungen, zugänglich gemacht werden sollte. Die meisten haben sicherlich noch nie etwas von „Rentenstrafrecht“ gehört.

Ich möchte Sie bei diesem und weiteren Schritten in der Form unterstützen, dass ich als Betroffene eine Wiederaufnahme als Mitglied bei ISOR ab sofort beantrage.

Weiter so! Es muss doch mal klappen!

*

Zu Gast in der „Garnisons-Führungsstelle Dresden Nord“

Am 22. Juli 2023 besuchte die Regionalgruppe „Georg Schumann“ Leipzig des Verbandes zur Pflege der Traditionen der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR (VTNVAGT) die „Garnisons-Führungsstelle Dresden Nord“. Diese Ausstellung als militärhistorisches Museum legt ein eindrucksvolles Zeugnis der Bewahrung der Geschichte und des Wesens der NVA als Friedensarmee sowie ihrer Technik und vor allem ihrer Soldaten und Führungskräfte ab. An dem Besuch nahmen 13 Personen teil. Meine Teilnahme und die meiner Frau erfolgte auf Einladung der Regionalgruppe und hatte das Ziel, persönliche Unterlagen und Zeitzeugnisse des Vaters meiner Frau, Genossen Oberst der NVA a.D. Manfred Haubold, Kommandeur der Panzerjägerabteilung 3 in Leipzig, für die Verwendung zur Aufarbeitung der Geschichte der NVA und als Ausstellungsstück zur Traditionspflege diesem militärhistorischen Museum zu übergeben, wobei wir damit seiner ausdrücklichen Bitte nachkamen.

Die Exponate wurden durch die Organisatoren und Betreiber des Museums, Oberleutnant a.D. Michael Schindler und Stabsfeldwebel a.D. Hans Richter, mit großer Freude und dem Versprechen, dass diese Zeitdokumente einen würdigen Platz in der Ausstellung finden wer-

den, entgegengenommen. Der anschließende Rundgang durch die militärhistorische Ausstellung erbrachte für die Teilnehmer einige Erinnerungen aus ihrer eigenen aktiven Zeit als Angehörige der NVA und eine Vielzahl neuer Informationen und Erkenntnisse zu den Zielen und Aufgaben der NVA, ihren Kommandeuren und Strukturen sowie der Militärtechnik. Die ausgestellten Exponate, Modelle der Militärtechnik, schriftliche Zeugnisse, wie Militärhandbücher und Dokumentationen, aber auch die an die Angehörigen der NVA und der Grenztruppen für besondere Leistungen verliehenen Orden, Medaillen und Ehrenzeichen, geben ein anschauliches Bild über den Charakter unserer Volksarmee.

Exponate zur Arbeit der Volkspolizei und des Ministeriums für Staatssicherheit sowie zu ihren Führungskräften zeigen auch die enge Zusammenarbeit der bewaffneten Organe bei der Sicherung des Friedens und zum Schutz der DDR.

Sehr aufschlussreich waren die vielen Informationen zu den in der Ausstellung gezeigten Kommandeuren und Führungskadern der NVA, besonders ihr zielführendes Handeln, den Frieden und die Sicherheit der DDR jederzeit zu gewährleisten. Eine Besonderheit dieser Ausstellung ist, dass bis auf zwei Ausnahmen die gezeigten Uniformen, einschließlich der Auszeichnungen, Originale der jeweiligen Generale und Offiziere sind. Unter anderem war auch eine Uniform von Generalmajor a.D. Heinz Engelhardt zu sehen, der den Auftrag bekam, das Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit aufzulösen und vielen von uns auch durch sein Buch „Der letzte Mann“ bekannt ist. Die Genossen Schindler und Richter pflegen mit einigen dieser Persönlichkeiten ständigen Kontakt. Dadurch ist es ihnen möglich, die Ausstellung immer aktuell zu halten, durch neue Exponate zu ergänzen und ihre Aussagekraft zu erhöhen.

Im Verlauf des Rundganges entwickelte sich eine angeregte Diskussion, die durch manche Information aus dem eigenen Erleben als Kommandeure und Angehörige der NVA ergänzt wurde. Alle Besucher der Ausstellung entschlossen sich, durch eine spontane finanzielle Spende die „Garnisons-Führungsstelle Dresden-Nord“ zu unterstützen.

Eine wichtige Aussage zu der Ausstellung ist noch zu treffen. Die Genossen Schindler und Richter betreiben ihr militärhistorisches Museum als Privatpersonen. Sie haben die Ausstellung vom ersten Tag an selbst aufgebaut, viele Kontakte zu ehemaligen Angehörigen der Schutz- und Sicherheitsorgane geknüpft, Exponate eingeworben und die Ausstellung in Privaträumen des Genossen Schindler untergebracht. Finanzielle Mittel stehen außer durch Spenden nicht zur Ver-

fügung. Nach wie vor besteht Interesse, die Ausstellung mit weiteren Exponaten zu erweitern. Aktuell wird dazu der nötige Platz, der noch vorhanden ist, bereitgestellt, so dass zu erwarten ist, dass die Aussagekraft und das Zeugnis zur NVA, den Grenztruppen und zu anderen Schutz- und Sicherheitsorganen weiter erhöht werden kann. Die Zukunft des militärhistorischen Museums scheint mit dem Interesse des Enkels des Genossen Schindler, dieses weiterzuführen, gesichert zu sein.

Zum Abschluss des Besuches waren sich die Teilnehmer einig, dass der Fleiß und das Engagement der Genossen Schindler und Richter hoch zu würdigen ist, dass ihre Ausstellung einen hohen Vermittlungswert über die Ziele, den Charakter und das Wesen der einzigen deutschen Armee des Friedens zum Ausdruck bringt, dass die NVA und die anderen Schutz- und Sicherheitsorgane über hervorragende Kommandeure verfügten und dass es wichtig ist, einen Beitrag wider das Vergessen zu leisten, damit die Interpretation der Geschichte der DDR und ihrer Armee nicht den Feinden des Friedens überlassen wird.

Der Besuch des Museums fand mit dem Eintrag in das Gästebuch, welchen alle Teilnehmer unterzeichneten, seinen Abschluss.

Interessierte können unter dem Link <https://youtu.be/GoDCunTFCw> weitere Informationen zur „Garnisons-Führungsstelle Dresden Nord“ einsehen. Es lohnt sich, diese oder andere Ausstellungen zur Geschichte der NVA zu besuchen (Eine Aufstellung dazu findet man unter <https://www.vtnvagt.de/index.php/korporative-mitglieder>).

Gerald Böhm, TIG Leipzig

*

Guten Tag,

ich begrüße Euch so, wie Hans-Jürgen Udich in der letzten Ausgabe S. 4, Anfrage zur Inflationsprämie für Rentner.

Ich habe mich auch mit dem Problem befasst und einen Tipp erhalten:

Einfach an den Petitionsausschuss der Bundesregierung zu schreiben. Das habe ich gemacht und auch Antwort erhalten mit dem Hinweis, dass bereits schon viele Rentner geschrieben haben und sich damit befasst wird.

Diesen Schritt sollten noch viel mehr unternehmen.

Vielleicht könnt Ihr einen Tipp in der nächsten ISOR-Ausgabe veröffentlichen.

Mit besten Grüßen

Steffen Neuber, 12557 Berlin.

Danke, lieber Steffen Neuber, haben wir postwendend getan. **w.k.**

*

»Aufstand für den Frieden«

3. Oktober 2023 – 10 bis 12 Uhr

»Alternative Einheitsfeier 2023«

Die Veranstaltung des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e.V.

Programm

Es sprechen

Dr. Matthias Werner

Dr. Arnold Schölzel

Dr. Lothar Schröter

Tino Eisbrenner, Rockpoet, Sänger, Schauspieler
gestaltet ein Programm mit Prominenten.
Lasst Euch überraschen.

Die Veranstaltung findet am 3. Oktober 2023
von 10 bis 12 Uhr im Münzenbergsaal,
Franz-Mehring-Platz 1 statt.

Einlass ab 9 Uhr und damit die Gelegenheit
für interessante Gespräche.

Karten-Erwerb über die im OKV organisierten Vereine,
Freundeskreise und sozialen Bündnisse.
Am FMP1 bei GRH und ISOR.

Einige wenige Karten sind am Tag der Veranstaltung
beim Einlass erhältlich.

Wie in jedem Jahr beträgt der Eintrittspreis pro Karte 5 €.

Die Veranstaltung wird unterstützt von der Tageszeitung »junge Welt«



Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel

c/o Geschäftsstelle und Redaktion

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff,

c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Postanschrift: ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 26.07.23

Einstellung im Internet: 04.08.23

Auslieferung: 30.08.23

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 08.08.23

Herstellung: Druckerei Gottschalk, 10829 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführerin: Anja Mewes: Di/Mi 9-16 Uhr,

Tel.: (030) 29784316

Stellv. GF Peter Ott, Di/Do 8-15 Uhr,

Tel. (030)29784315

E-Mail: ISOR-Berlin1@t-online.de

Schatzmeister: Hans-Peter Speck, Di/Mi 8-15 Uhr,

Tel.: (030) 29784317 • Fax.: (030) -29784320

E-Mail: isor-finanz@t-online.de

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

BELADEBEXXX

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden 1. und 3. Donnerstag 15 bis 17 Uhr
nach tel. Terminvereinbarung (030 29784 316)